

„Düsseldorf – Modellstadt für nachhaltige Energiepolitik“

Samstag, 17. November 2007

Statement von **Dirk Jansen**, Geschäftsleiter des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband NRW e.V., Sprecher der *Aktionsbündnis Sauberer Strom am Rhein* – **ASTR(H)EIN**

Herausforderung Klimaschutz

Die Menschheit steht derzeit vor einer ihrer größten Herausforderungen. Nach dem vom UN-Klimarat *IPCC* in diesem Frühjahr vorgelegten Bericht besteht heute kein Zweifel mehr daran, dass der von uns selbst verursachte Klimawandel unsere Lebensgrundlagen existenziell gefährdet. Schon jetzt leiden weltweit Millionen von Menschen an den Folgen des Klimawandels. Die Schäden durch Dürren, Hurrikane, sintflutartige Regenfälle und andere Wetterereignisse gehen in die Milliarden, Zigtausende fallen diesen Wetterextremen zum Opfer. Und solche Extreme sind längst nicht mehr die Ausnahme, sondern drohen die Regel zu werden.

Es ist also allerhöchste Zeit, umzusteuern. Wenn wir nicht in den nächsten 10 bis 15 Jahren eine radikale Kehrtwende vollziehen, wird der Klimawandel nicht mehr zu beherrschen sein. Der UN-Klimarat prognostiziert bei einem „Weiter so wie bisher“ eine Erhöhung der Globaltemperatur um bis zu 6,5° Celsius, wobei maximal 2° als verkraftbar angesehen werden.

Endlich hat auch die Politik erkannt, vor welcher existenzieller Herausforderung die Menschheit steht. Bundeskanzlerin Angela Merkel will die Herausforderung annehmen und hat angekündigt, den Ausstoß des wichtigsten Treibhausgases – Kohlendioxid – bis 2020 um 40 % senken zu wollen. Weltweit, so Merkel, müssen die Kohlendioxid-Emissionen bis zu Mitte des Jahrhunderts halbiert werden. Daraus leitet sich ein Reduktionsziel für Deutschland als Industriestaat von 80 % ab.

Energiewirtschaft ist Klimakiller Nr. 1

Noch besteht die Chance zum Umsteuern. Der Energiewirtschaft Nordrhein-Westfalens kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Unser Land ist der Klimakiller Nr. 1 in Deutschland. Mit durchschnittlich 16 Tonnen Kohlendioxid-Ausstoß pro Kopf und Jahr liegen die NRW-BürgerInnen fast gleichauf mit den oft gescholtenen Amerikanern. Mehr als die Hälfte der jährlich ausgestoßenen 294 Millionen Tonnen CO₂ entfallen auf die Energiewirtschaft. Die Stromerzeugung aus Stein- und Braunkohle ist allein für Kohlendioxid-Emissionen von jährlich 166 Millionen Tonnen verantwortlich. Seit Jahren stagnieren die energiebedingten Treibhausgasemissionen auf dem gleich hohen Niveau.

Wer es mit dem Klimaschutz ernst meint, muss also zu allererst die Energiewirtschaft grundlegend umstrukturieren. Die Gelegenheit dafür ist günstig, da altersbedingt die Hälfte der Kraftwerke Deutschlands in den nächsten 10-20 Jahren substituiert werden muss.

Doch anstatt diese Chance zur Energiewende durch die Abkehr von der klimaschädlichen Kohle hin zu Erneuerbaren Energien, der Erschließung der Stromsparpotenziale und effizienter Technologien ohne die unbeherrschbare Atomkraft zu nutzen, setzen Politik und Wirtschaft weiter auf die Klimakiller Kohle. Derzeit sind hierzulande elf Kohlekraftwerke in Bau oder Planung. Werden sie realisiert, ist keines der Klimaschutzziele erreichbar. Allein durch die geplanten NRW-Neukraftwerke würden CO₂-Emissionen von bis zu 80 Millionen Tonnen jährlich strukturell festgelegt – und dass für eine Regelbetriebszeit von 40 bis 50 Jahren.

Trotzdem propagiert Bundesumweltminister Sigmar Gabriel den Bau neuer Kohlekraftwerke. Gemäß seiner eigenen Regierungserklärung vom 26. April 2007, in der die sektoralen CO₂-Minderungsziele dargelegt wurden, dürfen die nach 2006 in Betrieb gehenden neuen fossilen Kraftwerke in der Summe maximal 21 Mio. t CO₂/a emittieren. Gleichzeitig sollen diese Neukraftwerke eine Stromerzeugungslücke von 57 Terawattstunden (TWh) schließen. Damit dürften die durchschnittlichen CO₂-Emissionen dieser Kraftwerke nur noch bei 338 g/kWh liegen. Ein solcher Wert ist unvereinbar mit der Inbetriebnahme auch nur eines neuen Kohlekraftwerks, denn deren spezifische Emissionen liegen trotz „modernster“ Technik bei noch immer mindestens 750 bis 950 g CO₂/kWh.

Düsseldorf – Modellstadt für nachhaltige Energiepolitik?

Nachdem der Düsseldorfer Oberbürgermeister in einer Nacht-und-Nebel-Aktion die entscheidenden Stadtwerke-Anteile an den Strommulti Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) verkauft hat, sind die kommunalen Einfluss-

möglichkeiten auf die Geschäftspolitik der Stadtwerke Düsseldorf minimal. Vordringliches Ziel ist also die Rekomunalisierung der Energieversorgung. Die Mehrheitsanteile an den Stadtwerken gehören in kommunale Hand.

Umweltverträglich, effizient und versorgungssicher sollte die Energiewirtschaft sein. Diese Anforderungen sind mit dem geplanten Bau eines 400-Megawatt-Steinkohlekraftwerks in Düsseldorf unvereinbar. Offenbar nach dem Motto „Zurück in die Zukunft“ planen die Stadtwerke die Renaissance der Steinkohle in Düsseldorf. Wird das umstrittene Projekt realisiert, werden damit etliche hundert Millionen Euro Kapital gebunden, die Investitionen in eine klimafreundliche Energiestruktur blockieren.

Dabei ist das Kraftwerk ebenso überflüssig wie schädlich:

1. Das geplante Steinkohlekraftwerk ist überflüssig

Zur Deckung des maximalen Eigenbedarfs der Stadt Düsseldorf fehlen lediglich eigene Energieerzeugungsanlagen mit einer Leistung von 115 Megawatt. Diese vermeintliche Deckungslücke lässt sich problemlos durch Energiesparen und Erneuerbare Energien schließen. Der Kraftwerksstandort Düsseldorf soll jetzt offensichtlich ausgebaut werden, um im Wettbewerb der großen Energiemultis Marktanteile zu erobern.

2. Kein Ersatz von Altanlagen

Durch den geplanten Neubau wird kein einziges Altkraftwerk stillgelegt. Kommt das Kraftwerk, würden damit zusätzliche Stromerzeugungskapazitäten und CO₂-Emissionen generiert.

3. Mogelpackung Kraft-Wärme-Kopplung

Das geplante Kraftwerk hat eine Feuerungswärmeleistung von 930 MW_{th}. 300 MW davon sollen als Fernwärme ausgekoppelt werden. Nur: Im Gegenzug dafür sollen die existierenden Fernwärmekessel stillgelegt werden – ein Nullsummenspiel. Die Stadtwerke konnten mit den Bilker Arcaden bislang nur einen zusätzlichen Fernwärmekunden gewinnen. Ein Konzept für einen massiven Ausbau der Fernwärmenutzung fehlt.

4. Feigenblatt CO₂-Abscheidung

Die CCS-Technologie (*Carbon Dioxide Capture and Storage*) ist heute noch Zukunftsmusik. Viele Experten halten die technischen Probleme für unlösbar, die Risiken für unbeherrschbar und die Kosten für untragbar.

5. Klimakiller Steinkohlekraftwerk

Kommt das Kraftwerk, würden sich die Düsseldorfer Kohlendioxid-Emissionen auf einen Schlag um mehr als 50 % erhöhen. Je nach Auslastung sind mit dem Kraftwerk jährliche CO₂-Emissionen bis zu 3 Mio. t verbunden.

6. Gesundheitsrisiken untragbar

Trotz angeblich modernster Filtertechnik stößt ein solches Kraftwerk einen gefährlichen Cocktail von Feinstaub und Schwermetallen aus. Der Ausstoß von etwa 160.000 kg Feinstaub, 200 kg Quecksilber und anderen Umweltgiften würde sämtliche Anstrengungen der Stadt zur Luftreinhaltung konterkarieren.

7. Lebens- und Standortqualität gefährdet

Neben dem Ausstoß giftiger Stoffe verursacht ein Kohlekraftwerk auch gesundheitsschädlichen Lärm. Davon besonders betroffen werden das Hafenumfeld und die angrenzenden linksrheinischen Stadtteile (z.B. das Heerdter Krankenhaus) sein. Für die Erschließung der Entwicklungspotenziale des Hafens wäre das Kraftwerk ein eindeutig negativer Standortfaktor.

Die Zukunft für Düsseldorf: Das „Effizienzkraftwerk“

Als ökologisch sinnvolle Alternative schlägt der BUND den Bau eines "Effizienzkraftwerks" vor. Dabei würde der geplante Neubau des Kohlekraftwerks durch Stromsparmaßnahmen beim Kunden, dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) auf Gasbasis und Erneuerbare Energien ersetzt. Dies ist nicht nur wirtschaftlicher und umweltfreundlicher, sondern würde ein Vielfaches an Arbeitsplätzen schaffen.

In punkto Erneuerbarer Energien haben die Stadtwerke großen Nachholbedarf. Inclusive des neuen Biomasse-KWK-Kraftwerks in Düsseldorf-Garath werden gerade einmal 10 Megawatt an elektrischer Leistung durch eigene Erneuerbare Energien-Anlagen bereitgestellt, gegenüber 575 MW auf Basis fossiler Energieträger. Diesen "kläglichsten Anteil" von unter 2 % gilt es auszubauen. Bundesweit entfallen schon jetzt etwa 14 % der Stromerzeugung auf Erneuerbare Energien.

Kontakt:

Dipl.-Geogr. Dirk Jansen, Geschäftsleiter des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf, T.: 0211 / 30 200 5-22, Fax: -26, dirk.jansen@bund.net

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/kohlekraftwerke.htm und www.duesseldorf-astrhein.de